

Auf in die neuen Zwanziger Jahre!

-von Joachim Hennig-

Die Rückblicke auf 2019 liegen hinter uns und die Weihnachts- und Neujahrsansprachen auch. Das Jahr 2020 und das ganze Jahrzehnt, die 2020er Jahre, haben wir vor uns.

Lassen Sie uns mutig in die Zukunft schauen und kraftvoll das Jahr und das Jahrzehnt angehen. Uns geht es doch unvergleichlich gut. Natürlich gibt es Probleme, viele sogar und jede Menge „Baustellen“. Aber wenn man auf das Elend, den Krieg, die Naturkatastrophen, die Vertreibung und anderes mehr an vielen Stellen der Welt schaut, dann leben wir doch auf einer „Insel“ des Friedens und des Wohlstandes. Sicherlich gibt es den nicht für jeden – Armut ist in einer Wohlstandsgesellschaft wie der unsrigen eine Schande für unsere Politik und Gesellschaft –, aber vom Elend und der Arbeitslosigkeit nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg sind wir doch meilenweit weg. Wir leben in einer der besten aller Welten. Schwarzmalerei und Pessimismus sind fatale und falsche (Ver-)Führer in die Zukunft. Wir leben in einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat. So sagt es unser Grundgesetz, das im vorigen Jahr 70 Jahre alt geworden ist – und das stimmt. Aber unsere Demokratie, unsere Freiheit und unser

Rechtsstaat sind bedroht. Von Islamisten, Autokraten in aller Welt und von Rechts, hier bei uns und in unseren Nachbarländern.

Viele wirklich besorgte Bürger – nicht die so genannten, die Brunnenvergiften – verweisen auf die Zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, vor allem auf deren Ende, die Weltwirtschaftskrise und den Aufstieg des Nationalsozialismus. Und das zurecht – das ist aber keine Zukunftsperspektive für uns Heutige. Geschichte wiederholt sich nicht. Das wird immer wieder gesagt und es kann nicht oft genug gesagt werden. Geschichte wiederholt sich nicht, weil die historische, die politische und gesellschaftliche Situation stets eine andere ist – und weil auch die Menschen – nicht alle, aber doch viele, aus der Geschichte lernen und nicht dieselben Fehler machen wie ihre Vorfahren früher.

Unser Staat, die zweite deutsche Demokratie, ist stärker als die Weimarer Republik der 1920er Jahre. Unser Verfassungssystem ist wehrhafter gegen Anfeindungen und Demontagen als das der Weimarer Zeit. Polizei und Justiz sind demokratischer und rechtsstaatlicher ein- und ausgerichtet. Und unsere Zivilgesellschaft ist in ihrer ganz deutlichen Mehrheit demokratischer und menschenrechtsfreundlicher – keine Demokratie ohne Demokraten wie man die Wei-



Plakat zum Einmarsch der Garde-Kavallerie-Schützen-Division in Berlin, deren Mitglieder am 15. Januar 1919 Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermorden.

Quelle: wikipedia.org

marer Republik charakterisierte.

Sie ist stabiler, aber nicht unangreifbar. Das zeigen nicht nur verschiedene Wahlergebnisse und schwierige Regierungsbildungen im vergangenen Jahr, sondern auch andere herausragende innenpolitische Ereignisse: der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter

Lübcke und die massiven Morddrohungen gegenüber den Politikern Cem Özdemir und Claudia Roth sowie zuletzt gegenüber dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) Heinrich Bedford-Strohm. Eine Schande war der Mordanschlag auf die in der Synagoge versammelte jüdische Gemeinde in Halle.

Diese und andere Ereignisse der letzten Zeit warnen uns „vor neuen Ansteckungsgefahren“. Die Widerstandskämpfer und die anderen Überlebenden des Naziterrors haben nach der Befreiung gegen die verbrecherische und menschenverachtende Ideologie der Nazis und deren Folgen (weiter) gekämpft. Sie waren überzeugt, dass sie sich durch ihre Folgen für immer selbst in Verurteilung gebracht hätte. Das ist leider – wie die Gegenwart zeigt – nicht der Fall.

Wesentlich Schuld daran ist die grassierende Geschichtsvergessenheit unserer Tage, die nicht mit „Dönekes“ von anno dazumal, sondern nur mit Geschichtsbewusstsein und Aufklärung über die Vergangenheit überwunden werden kann.

Die 1920er Jahre, die mit dem Aufstieg der Nationalsozialisten endeten, begannen mit vielfachen Morden gegen Politiker und Putschversuchen gegen die Republik von Weimar.

Die politischen Morde nahmen ihren Anfang am 15. Januar 1919, vor nunmehr 101 Jahren, mit den Morden an den beiden kommunistischen Führern Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und dem Versagen der Justiz, diese aufzuklären und angemessen strafrechtlich zu ahnden. Die beiden waren von Soldaten der Garde-Kavallerie-Schützen-Division verhaftet, verhört, erschossen und in

den Landwehrkanal geworfen bzw. bei der nächsten Rettungswache als Leiche eines „unbekannten Mannes“ abgeliefert worden. Die Mörder verbreiteten die Nachricht, Liebknecht sei „auf der Flucht erschossen“, Rosa Luxemburg durch eine erregte Menge entführt und vermutlich gelyncht worden.

Der anschließende Kriegsgerichtsprozess wurde zur reinen Farce: Der mutmaßliche Mörder von Rosa Luxemburg, Oberleutnant Vogel, erhielt vier Monate Gefängnis „wegen Beiseite-schaffung einer Leiche und wissenschaftlich falscher Dienstmeldung“. Alle anderen Offiziere, auch die, die Karl Liebknecht ermordet hatten, wurden freigesprochen. Andere Freikorpsoffiziere und „Ordnungstruppen“ mordeten weiter. Eine vom Reichsjustizministerium

bestätigte Erhebung für die Morde in der Zeit von 1919 bis 1922 kam zu dem Ergebnis, dass rechtsstehende Personen 354 Morde und linksstehende Personen 22 Morde begangen hatten. Bei den 354 von „rechts“ begangenen Morden lag die „Gesamtsühne“ bei 90 Jahren, zwei Monate Einsperrung, 730 Mark Geldstrafe und einer lebenslangen Haft. Bei den 22 von „links“ begangenen Morden betrug die „Gesamtsühne“: zehn Erschießungen, 248 Jahre und neun Monate Einsperrung sowie drei lebenslange Zuchthausstrafen.

Ein weiteres Beispiel war der sogenannte Kapp-Putsch im März 1920 und seine strafgerichtliche Behandlung. Unter Leitung des Generallandschaftsdirektors Wolfgang Kapp aus Königsberg und des General von Lüttwitz marschierte die Freikorps-Brigade „Ehrhardt“ in Berlin ein. Der Putsch blieb nur deshalb erfolglos, weil die Ministerialbürokratie passiven Widerstand leistete und die Gewerkschaften zu einem erfolgreichen Generalstreik aufriefen.

Dieses größte hochverräterische Unternehmen der Weimarer Zeit, bei dem die Putschisten mehr als 200 Menschen standrechtlich erschossen, führte nur zur Verurteilung des früheren königlichen Polizeipräsidenten von Berlin wegen Hochverrats.

Wegen „selbstloser Vaterlandsliebe“ erhielt er aber „mildernde Umstände“, die Mindeststrafe von fünf Jahren Festungshaft. Nach drei Jahren ließ man ihn wieder frei und zahlte ihm seine Pension als Polizeipräsidenten rückwirkend ab 1. Januar 1920 nach.

Geschichte wiederholt sich nicht. Damit die „neuen Ansteckungsgefahren“ uns aber nicht wieder in ein Verderben führen können, müssen wir uns engagieren: für eine freiheitliche, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung in unserer Gesellschaft und in unserem Staat und auch in der Europäischen Union.